

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Expedition:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Telephon: Nord Dörfel 4196-4198



Hauptschrift für Verlag und Expedition:
Berlin O 21 1. Juli-Strasse, Platz 8
Druckerschrift: Capatien

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Bestand ist nur auf einen sehr beschränkten Vorrat beschränkt. Abnahme beliebig 4 Wochen vor dem Druckbeginn, sonst nicht mehr lieferbar. In. Abnahmezeit für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. August 1932.

Reichstagsbeginn.

Die Kommunisten im Bunde mit den Nazis.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD: Der neugewählte Reichstag trat am Dienstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Nationalsozialist Goering wurde zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Die Sitzung begann kurz nach drei Uhr. Zwei weibliche Abgeordnete der KPD führen eine sehr hinfällige Greisin die Stufen zur Reichstagstribüne hinauf. Es ist die Alterspräsidentin Klara Zetkin. Das alte Antlitz ist verfallen und fahl. Die Greisin ringt mit ihrer körperlichen Schwäche. Werden sich die 600 Abgeordneten, in denen noch die Leidenschaften des Wahlkampfes leben, der schwachen Autorität dieser Präsidentin fügen? Noch am Tage vor der ersten Reichstagsitzung hat der "Völkische Beobachter" wild protestiert, dass eine "Landesverräterin" dem Deutschen Reichstag vorsitze. Aber alles was recht ist: die 230 Nazis, die uniformiert über ein Drittel des Plenarsaales einnehmen, halten strengste Disziplin. Kein Zwischenruf. Kaum ein Lächeln. Tiefes Schweigen der Nationalsozialisten. Die Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum haben eine erste erzieherische Wirkung geübt, wenn diese Wirkung auch nur in Schauspielerei besteht. Die Kommunisten unterbrechen die erwartungsvolle Stille. Noch ehe Frau Zetkin Platz genommen hat, ruft einer aus dem Hintergrund: "Der antifaschistische Einheitsfront und unserer Genossin Klara Zetkin ein dreifaches Rot Front!" Dreimal ertönt der Gruss. Der Auftritt ist aber zu gut vorbereitet, um Echo zu wirken. Die Nationalsozialisten lassen sich nicht herausfordern. Klara Zetkin tut kund, dass sie am 5. Juli 1857 geboren ist. Niemand im Hause ist älter. Niemand bestreitet ihr das Alterspräsidium. Sie beruft zu Schriftführern Lore Agnes (Soz.), Rauch-München (Bayer. Volkspt.), Schulz-Frankfurt (Zt.) und Torgler (Komm.). Der Abgeordnete Torgler stellt sich neben seiner greisen Parteifreundin auf und ist ihr für die nächste Stunde ein geschickter und taktvoller Helfer.

Die Alterspräsidentin nimmt zu der üblichen Eröffnungsrede das Wort. Manchmal droht die Schwäche sie zu übermannen, aber die geistige Kraft der alten Kämpferin und ihre rednerische Erfahrung setzen sich immer wieder durch, wenn auch die Stimme schwach und bebend bleibt. Klara Zetkin hält eine kommunistische Werberede. Sie greift den Kapitalismus an. Dann bekommen die Regierung von Papen und die Nationalsozialisten ihr Teil. Selbstverständlich bleibt auch die Sozialdemokratie nicht verschont. Immerhin, Klara Zetkin ist auch in dieser Stunde eine Frau von Kultur. So hört das ganze Haus, die wilden Nazis eingeschlossen, die lange Rede geduldig an.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 578 Abgeordneten. Und nun laufen die ersten Anträge ein: Haftentlassung des Kommunisten Schaffer und des Nationalsozialisten Moder. Der ganze Reichstag erhebt sich für die Haftentlassung. Ein Kommunist ruft: "Der Reichstag ist arbeitsfähig." Gedämpfte Heiterkeit. Der erste Beschluss ist jedenfalls einmütig.

Der von Plänen des Verfassungsbruchs bedrohte Reichstag hat es eilig. Er mutet seiner pflichtbewussten Alterspräsidentin eine Dauersitzung zu. Sofort wird in die Präsidentenwahl eingetreten. Die Nationalsozialisten schlagen den Abgeordneten Goering vor. Die Sozialdemokraten Paul Löbe, die Kommunisten Torgler. Der kommunistische Abgeordnete Rädcl hält eine Rede zugunsten der Kandidatur seines Parteifreundes, aber wie! Es klingt erst wie ein Anfang von politischer Vernunft. Der Kommunist sagt, wenn sein Parteifreund nicht zum Präsidenten gewählt werde, so wolle die KPD in der Stichwahl für den Sozialdemokraten Löbe stimmen. Leider nur eine platonische Erklärung. Leider nur ein hoffnungsloses Manöver. Die Kommunisten wissen sehr genau, dass es nicht zu einer Stichwahl kommt. Denn KPD und SPD haben zusammen nur 218 Stimmen von 608 Abgeordneten. Die Wahl des Nationalsozialisten Goering steht also von Anfang an fest, da das Zentrum und alle anderen bürgerlichen Parteien den Anspruch der nationalsozialistischen Fraktion auf das Reichstagspräsidium anerkennen. Immerhin lässt sich hören, dass die KPD durch ihre Erklärung die Verantwortung des Zentrums für einen nationalsozialistischen Präsidenten festlegen will. Das Zentrum trägt dafür die Verantwortung, das steht fest. Das ist richtig. Dann aber legt der Kommunist los ein Hagel von Beschimpfungen gegen Löbe. Eine Flut von Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie. Alles im Namen der viel berufenen "Einheitsfront".

Die Wahl des ersten Präsidenten erfolgt durch Stimmzettel. Jeder Abgeordnete wird aufgerufen und gibt am Tisch des Hauses seinen Stimmzettel ab. In früheren Eröffnungssitzungen war das meist mit bissigen oder ironischen Bemerkungen für bekannte Abgeordnete verbunden. Diesmal geht auch diese Wahl ganz stimmungslos vorüber. 587 Abgeordnete haben gestimmt. 583 Stimmzettel sind gültig. Als die Alterspräsidentin bekanntgibt, dass der Abgeordnete Goering 367 Stimmen, also die absolute Mehrheit hat, brausen die Bravo-Rufe der Nationalsozialisten auf. Löbe hat 135 Stimmen, Torgler 80, Stöhr 1 Stimme. Der neue Präsident Goering steigt in Uniform mit allen seinen Kriegsorden zum Präsidentensitz hinauf. Noch ein Beifallssturm der Nationalsozialisten. Präsident Goering hebt die Hand zum römischen Gruss. Neuer Beifallssturm. Die Nationalsozialisten hören Goerings Rede stehend an. Er sagt nur wenige Sätze. Sein Versprechen gilt der Unparteilichkeit und der Gerechtigkeit seiner Amtsführung, die er nach bestem Gewissen leisten will. Aber auch Wahrung der Würde und Ehre des deutschen Volkes und seiner Geschichte sagt er zu. Wieder Beifall rechts. Göring amtiert.

Die Wahl der Vizepräsidenten erfolgt durch Hammelaprunz. Die Abgeordneten verlassen den Saal und geben die Stimmzettel bei der Rückkehr den Schriftführern an den Türen ab. Der Abgeordnete Frick schlägt zum ersten Vizepräsidenten den Zentrumsabgeordneten Esser vor, die Sozialdemokraten schlagen Paul Löbe vor, die Kommunisten Torgler. Nun zeigt sich, dass der kommunistische Hass gegen die Sozialdemokratie zu allem fähig ist. Bei dieser Wahl fällt die Entscheidung, ob in das Präsidium ein Marxist entsandt wird oder nicht. Das Zentrum ist bereit, sowohl in der Hauptwahl wie in der Stichwahl für Löbe zu stimmen, wenn auch die Kommunisten sich für Löbe einsetzen. Schon die Hauptwahl zeigt, dass die Kommunisten die Wahl Löbes unmöglich machen. Der Zentrumsabgeordnete Esser erhält 276 Stimmen, Löbe 214 Stimmen, Torgler 77 Stimmen, Frau Zetkin eine Stimme. Ungültig sind 6 Stimmen. Das Zentrum hat also geschlossen gegen seinen Kandidaten Esser für Löbe gestimmt. Da aber die Kommunisten ihre eigene Kandidatur aufrechterhalten, stimmt nun das Zentrum in der Stichwahl für sein Fraktionsmitglied Esser, was der Zentrumspartei bei der ablehnenden Haltung der Kommunisten nicht zu verübeln ist. So wird in der Stichwahl der Zentrumsabgeordnete Esser mit 364 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Löbe erhielt 138 Stimmen, Torgler 78 Stimmen, die ungültig sind, da er ja nicht zur Stichwahl stand. Die Nationalsozialisten begrüßten das Ergebnis mit Bravo. Sie bezeugen damit den Kommunisten Anerkennung für deren Haltung. Zum zweiten Vizepräsidenten wird von den Deutschnationalen der Abg. Gräf-Thüringen vorgeschlagen. Die Sozialdemokratie schlägt auch für diesen Posten Paul Löbe vor, die Kommunistische Partei Torgler. Es wird mit 335 Stimmen Gräf-Thüringen gewählt. Löbe hat 139, Torgler 78 Stimmen. Zum dritten Vizepräsidenten wird der Bayerische Volksparteiler Rauch mit 350 Stimmen gewählt. Löbe hat 124, Torgler 76 Stimmen; auf Dingeldey entfällt eine Stimme. Das Haus beginnt dann mit der Wahl der Schriftführer.

Präsident Goering bittet nach der Abstimmung um die Ermächtigung des Hauses zu einem Telegramm an den Reichspräsidenten mit dem Ersuchen, sofort das Präsidium des Reichstags zu empfangen. Das Haus erteilt diese Ermächtigung. Göring erhebt sich nun zu einer Rede zum Schutze der Reichsverfassung. Er sagt, die Presse aller Parteien sei mit Gerüchten über einen angeblichen Ausschluss des Reichstags von der Gesetzgebung angefüllt. Er weise derartige unverantwortliche Gerüchte zurück. Es sei ausgeschlossen, dass der Reichspräsident die Verfassung breche, die er an dieser Stelle beschworen habe. (Ironische Bravo-Rufe der Sozialdemokraten) Präsident Göring gerät über diese Bravo-Rufe ganz ausser Fassung und fährt die Linke an, als stände er auf dem Kasernenhof. Wiederum Hohn Gelächter der Sozialdemokraten. Göring fährt fort, es habe sich gezeigt, dass der Reichstag über eine nationale Mehrheit verfügt und somit der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstandes nicht gegeben sei. Zum ersten Mal verfüge der Reichstag wieder über eine nationale Mehrheit. (Betreuenes Schweigen im Zentrum, dem die Sozialdemokraten zurufen: "Das Zentrum ist über Nacht wieder national geworden.") Göring schliesst, er schöpfe aus dieser nationalen Mehrheit die Hoffnung, dass er sein Amt zur Ehre des Vaterlandes und zur Sicherheit der Nation ausüben könne. Als der Präsident wiederholt ruft: "Ruhe", während sonst die Formel lautete: "Ich bitte um Ruhe", wird ihm von der Linken entgegengerufen: "Herr Präsident, ist jetzt der Reichstag ein Kasernenhof? Wann ist der nächste Appell?" Präsident Göring erbittet die Erlaubnis anzuordnen, wann die nächste Sitzung des Reichstages stattfinden soll. Sowohl Torgler (Komm.) wie Dittmann (Soz.) beantragen, am Mittwoch um 1 Uhr eine Sitzung mit den vorliegenden Anträgen gegen die Papen-Notverordnungen anzusetzen. Dieser Antrag wird von der Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Von links her wird den Nationalsozialisten spöttisch zugerufen: "Papen-Truppen! Systemtreue Nationalsozialisten!"

Als Göring im Kommandoton die Sitzung schliesst, ruft ein Kommunist: "Weggetreten!" So endet diese erste Sitzung in stürmischer Heiterkeit.

SPD. Paris, 30. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Berliner Korrespondent der "Information" berichtet in seinem Blatt über einen bedeutenden Diplomatenschub in den deutschen Auslandsvertretungen. Es würden davon betroffen die Botschaften in Paris, London, Tokio, Washington, Rom und Wien sowie die Mehrzahl der Gesandtschaften in Südamerika.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag gegen das Verbot des "Vorwärts" folgende Interpellation eingebracht

"Die sozialdemokratische Presse ist seit dem Amtsantritt der gegenwärtigen Reichsregierung schweren willkürlichen Verfolgungen ausgesetzt. Den Höhepunkt dieser Verfolgungen bildet ein Verbot des "Vorwärts" für drei Tage, weil er in seiner Ausgabe vom 29. August die am Vortage in Münster gehaltene Programmrede des Reichskanzlers von Papen als ein Programm des Verfassungsbruchs bezeichnet hat. Der "Vorwärts" hat als Zentralorgan der grössten auf dem Boden der geltenden Reichsverfassung stehenden Partei nur seine Pflicht erfüllt, indem er die Reichsregierung vor den angekündigten Verfassungsverletzungen warnte.

Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, zu den dem Geiste der Verfassung widersprechenden und die bestehende Rechtsordnung auf das schwerste gefährdenden willkürlichen Presseverboten Stellung zu nehmen."

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstag den Reichskanzler von Papen, den Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gayl, den Reichswehrminister v. Schleicher zum gemeinsamen Vortrag über die schwebenden Fragen der Innenpolitik, besonders das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Der Reichspräsident erklärte seine Zustimmung zu den von der Reichsregierung geplanten, vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster in den Grundzügen bekanntgegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Massnahmen.

Der Reichspräsident ersuchte den Reichskanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen besonders darauf zu achten, dass die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.

Die eingehende Besprechung der innenpolitischen Lage ergab völlige Uebereinstimmung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung."

Die "völlige Uebereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung" wird in unterrichteten Kreisen dahin ausgelegt, dass der Reichspräsident die Vollmacht zur Auflösung des Reichstags bereits erteilt hat und zwar mit der Massgabe, innerhalb 60 Tagen Neuwahlen vornehmen zu lassen. Die Papen-Regierung dürfte von der Vollmacht Gebrauch machen, sobald sich im Reichstag während der Diskussion über die zu erwartende Rede des Herrn von Papen herausgestellt hat, dass die gegenwärtige Regierung lediglich das Häuflein der deutschen nationalen Abgeordneten hinter sich hat.

SPD. Washington, 30. Aug. (Eig. Drahtb.)

Eine Kommission aus Vertretern neutraler Mächte, die sich mit dem Gran Chaco-Konflikt befasst, schlug einen 60 tägigen Waffenstillstand vor. Man will in dieser Zeit zu einer Einigung zwischen Bolivien und Paraguay gelangen. In einer Note an die beiden Staaten betonen die neutralen Mächte ihre Entschlossenheit, keine gewaltsame Lösung anzuerkennen.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag die Veröffentlichung einer Erklärung beschlossen, der staatsrechtlich besondere Bedeutung zukommt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

"Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion verweist gegenüber den Plänen der Reichsregierung auf Herausgabe von Steueranrechnungsscheinen auf die Vorschrift des Art. 87 der Reichsverfassung, dass Geldmittelbeschaffung auf dem Wege des Kredits zu Lasten des Reiches nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen kann. Die Reichsschuldenverwaltung hat entsprechend dieser Vorschrift gegenüber der Verordnung vom 20. Februar 1932 die Kreditbeschaffung durch Verordnung für verfassungswidrig und die Mitwirkung des Reichstags dabei für erforderlich erklärt. Aus diesem Grunde hat die Regierung Brüning den Entwurf eines Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigung (Nr. 1480 der Drucksachen der V. Wahlperiode 1930) dem Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt. Ausserdem würde die Reichsregierung durch die Steueranrechnungsscheine in haushaltsrechtlich unzulässiger Weise entgegen Art. 85 der Reichsverfassung über zukünftige Steuereinnahmen verfügen.

Deswegen hält die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Ausgabe von Steueranrechnungsscheinen, soweit sie ohne Mitwirkung des Reichstags erfolgt, für verfassungswidrig und erklärt, dass eine Einlösungspflicht für diese Kreditmittel ohne vorausgegangene parlamentarische Zustimmung nicht besteht."

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag beantragt, die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror und die Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August 1932 aufzuheben.

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror mit ihren drakonischen furchtbaren Strafandrohungen ist nicht notwendig zur Bekämpfung

des politischen Terrors. Es genügen die bestehenden Bestimmungen des Strafrechts und anderer Gesetze, wie z.B. des Sprengstoffgesetzes, um eine gerechte Verurteilung des Terroristen herbeizuführen. Versagt hat bisher nicht das Strafgesetz, versagt haben vielmehr die Gerichte in der Anwendung der Strafbestimmungen gegen Terroristen von rechts. Gegenüber Linksradikalen, auch gegenüber den Reichsbannerangehörigen, hat man bisher schon auf Grund des bestehenden Rechts furchtbare Strafen ausgesprochen. Man denke nur an das Zuchthausurteil von Ohlau, das auf Grund des bestehenden Rechts erging. Die Sozialdemokratie ist auch aus prinzipiellen Gründen stets Gegner der Todesstrafe gewesen und hält es deshalb nicht für begründet, jetzt die Todesstrafe anzudrohen.

Die Verordnung über die Bildung von Sondergerichten geht zurück auf eine Brüning-Notverordnung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte seinerzeit schon beantragt, die Ermächtigung zur Bildung von Sondergerichten zu beseitigen. Infolge der Auflösung des alten Reichstags kam dieser Antrag aber nicht mehr zur Beratung. Die Sondergerichte sind unnötig; sie sind aber vor allen Dingen in der Verordnung vom 9. August so eingerichtet, dass die Angeklagten vollkommen rechtlos gemacht worden sind. Beseitigung jedes Rechtsmittels, willkürliche Einschränkung der Beweisaufnahme, Einschränkung der Verteidigung sind nur einige der wichtigsten Bestimmungen. Sie zeigen, dass es nichts hilft, an einzelnen Mängeln herumzudoktoren. Die Rechtsmittel der Angeklagten können nur dann wieder hergestellt werden, wenn die Sondergerichte überhaupt beseitigt sind.

SPD. New York, 30. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Farmerstreik im Staate Iowa dauert fort. Die Behörden versuchten Streikbrechergarden zu organisieren, was zu blutigen Zusammenstößen mit den Streikenden geführt hat. Jetzt sind die Khakihemden-Organisationen, die nach der Auflösung des Veteranenmarsches gebildet worden sind, den Farmern zu Hilfe gekommen. Die Hauptstadt Jowas ist blockiert. Die Unternehmer verlangen die Verhängung des Belagerungszustandes und die Hilfe der Staatsmiliz.

SPD. Der kommissarische Polizeipräsident von Berlin Dr. Melcher hat den "Vorwärts" für drei Tage verboten. Die Berechtigung hierzu erblickt der Auftragsvollzieher in der in der Montag-Abendausgabe vom 29.8.1932 enthaltenen Kritik der Papenrede von Münster.

Seit Herr von Papen und sein Kabinett aus den Kulissen hervortraten, ist es zum zweiten Mal, dass das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei verboten wurde und die mehr als 700 000 sozialdemokratischen Wähler Berlins ihre Zeitung nicht lesen dürfen. Dies in einer Zeit politischer Entscheidungen, die das Schicksal Deutschlands bestimmen werden.

Herr von Papen hat sich in Münster als die von Gott gewollte Obrigkeit deklariert. Was man an dieser Allerhöchsten Stelle von ihm denkt, entzieht sich unserer Kenntnis. Was wir aber wissen, das ist, dass er in dem von ihm heraufbeschworenen neuen Parlament von 608 Abgeordneten im besten Falle nur 38 hinter sich hat. Und was wir weiter von ihm wissen, dass er nur im Namen und im Auftrage der Partei und winzigen Minderheit der Grossagrarien, Schwerindustriellen, Bank- und Hohenzollernfürsten regiert. Für alle anderen gilt der "altpreussische und bewährte" Grundsatz: Maulhalten und strammstehen!

Weil dies der "Vorwärts" offen und klar in die Sprache der Politik übersetzt hat, deshalb wurde er wiederum auf drei Tage verboten. Deshalb wird aber die Politik des Kabinetts von Papen ebensowenig besser wie sie die Liebe des Volkes und des freien Mannes erringen und die Sozialdemokratie von ihrer Ansicht abbringen kann, dass dieses Regime verschwinden muss. Je schneller, desto besser für Deutschland!

Aus aller Welt

Ameisen belagern Marseille.

"Geschöpfe des Teufels" - Vergebliche Abwehrmassnahmen - Zum Ueberfluss auch noch Fliegenplage.

SPD.Paris, Ende August (Eig.Ber.)

Frankreichs grosse Mittelmeerstadt ist von den roten Ameisen überfallen worden. Die kleinen Insekten haben sich als wahre Bestien entpuppt. Kein Raubtier könnte grösseres Unheil anrichten als sie. Woher das Heer der Schädlinge kam? Niemand weiss es.

Am meisten von der Plage betroffen sind diejenigen Stadtgegenden von Marseille, die in der Nähe des Hafens liegen. Binnen einer Nacht haben die Ameisen sämtliche Speisekammern ratzekahl gefressen. Es gibt für sie keine Hindernisse. Selbst durch die dichtesten Gacemaschen wissen sie zu schlüpfen. Brot, Fleisch, Gemüse- sie vertilgen alles. Entsprechend wächst unter den Armen die soziale Not...

Als wahre Geschöpfe des Teufels aber zeigen sich die Ameisen des Nachts. Der Marseiller schlummert friedlich in seinem Bett - plötzlich erwacht er von einem unerträglichen Jucken am ganzen Körper. Er springt auf, macht Licht an und prallt mit einem Aufschrei des Entsetzens und der hilflosen Wut zurück. Das ganze Bett ist förmlich übergossen mit roten kleinen Ameisen.

Alle Abwehrmassnahmen haben sich bisher als Fehlschläge erwiesen. Man hat Töpfe mit süsser Flüssigkeit aufgestellt, um die Ameisen anzulocken. Sie kamen auch. Aber in einigen Stunden hatten sich die Töpfe bis an den Rand mit Ameisen gefüllt. Der Zug der Quälgeister fand deswegen kein Ende. Ganz kluge Leute legten riesige Leimrutenbänder vor die Türen und Fenster. Viele Tausende von Ameisen krochen auf den Leim, aber die übrigen - über die Gefangenen hinweg.

Geradezu bekannt als Ameisenbekämpfer wurde Monsieur Deville. Er fing sich Eidechsen und Lurche, setzte sie in seine Wohnungen und in die Behausungen seiner Freunde und liess sie auf die Ameisen los. Zunächst war dieses Hilfsmittel vielversprechend. Die Reptilien fühlten sich in ihrem Element und frassen nach Herzenslust. Dann aber entbrannte ein gigantischer Kampf zwischen Ameisen und Lurchen. Die Ueberzahl siegte. Die Eidechsen wurden von den roten Bestien aufgeffressen. Nichtsdestoweniger herrscht gegenwärtig noch Hochkonjunktur in Eidechsen in Marseille. Eine gewisse Hilfe gewähren sie immerhin. Jeder ist glücklich, wenn er eine Eidechse billig ergattern kann.

Nicht minder erschreckend ist eine in der Umgebung von Marseille gleichzeitig aufgetretene andere Plage. Durch die afrikanische Hitze der letzten Wochen haben sich die giftigen Fliegen in ungeheurer Masse vermehrt. Zahlreiche Fälle von Blutvergiftungen sind aufgetreten; auch wurde unter dem Viehbestand grosser Schaden angerichtet. Immerhin sind hier die Abwehrmassnahmen erfolgreicher gewesen als bei der Bekämpfung der Ameisenplage. So erfand eine junge Chemikerin einen Apparat, durch dessen Hilfe die giftigen Fliegen millionenweise vertilgt werden können. Das Hauptstück der Apparatur ist ein grosser Trichter in Verbindung mit einem mächtigen Scheinwerfer. Kommt eine Fliege auf den Trichter zugeflogen, wird sie durch eine spezielle Ventilation

in das Innere des Trichters gezogen und verschwindet hier in einer giftigen Lösung, die das Tier in wenigen Sekunden abtötet. Dieser Fangapparat für giftige Fliegen arbeitet nur des Nachts. Professor Segny von der Universität Marseille bezeugte, dass innerhalb einer Stunde etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen Insekten durch den Todestrichter vernichtet wurden. In vielen Orten an der Mittelmeerküste hat man deshalb den Fangapparat montiert. Milliarden um Milliarden von Insekten fallen ihm zum Opfer. Es wurde auch schon ein gewisses Nachlassen der Fliegenplage festgestellt.

Felseneck-Prozeß. Im Berliner Felseneck-Prozess erklärten die bisher von dem kürzlich ausgeschlossenen Rechtsanwalt Litten verteidigten Angeklagten, dass sie mit der Stellung von Officialverteidigern durch das Gericht nicht einverstanden seien. Das Gericht erwiderte, daß dieser Protest auf den Gerichtsbeschluss bezüglich der Ausweisung von Rechtsanwalt Litten ohne Einfluss sei.

Zwei Kinder erstickt. In Oberhausen (Rheinland) sind zwei sechs und neun Jahre alte Knaben in einer Truhe erstickt. Aller Wahrscheinlichkeit nach spielten die Kinder mit der Truhe und setzten sich hinein, wobei der Deckel zufiel.

100 000 Mark-Gewinn. In der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde am Dienstag auf das Los Nr. 345 043 ein Gewinn von 100 000 Mark gezogen. Das Los wird in Achtein zur Hälfte in Hessen und zur Hälfte in Berlin gespielt.

Politische Schießerei. Bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und antifaschistischen Arbeitern in Berlin-Charlottenburg wurden zwei Nationalsozialisten schwer, einer tödlich verletzt. Auf die Ergreifung der Täter wurden vom Berliner Polizeipräsidenten 1 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Dem Leithammel nach... In den Bergen in der Nähe von Grenoble ereignete sich eine typische Hammeltragödie. Das Propellergeräusch eines Flugzeuges irritierte den Leithammel einer Herde von 150 Tieren; der Leithammel raste hin und her, verlor die Überlegung und stürzte sich in einen Abgrund. Ein Hammel nach dem anderen sprang nach und kam um.

Kinderepidemien. Ungarn wird z.Zt. von Kinderepidemien heimgesucht. Verschiedentlich grassieren Bauchtyphus und Influenza. Ausserdem mußten in mehreren Orten wegen des Auftretens von Kinderparalyse die Schulen geschlossen werden.

"Verführung". Das Gericht in Herford (Westfalen) verurteilte einen 70 Jahre alten Mann, der sich an einem elfjährigen Mädchen vergangen hat, zur gesetzlichen Mindeststrafe von sechs Monaten mit Bewährungsfrist. Der Staatsanwalt glaubte aufgrund der Beweisaufnahme feststellen zu müssen, daß "hier ein elfjähriges Mädchen einen Greis, der das biblische Alter bereits überschritten hat, verführt habe".

Motorradunglück. In Joachimsthal (Kreis Angermünde) fuhr das Auto des Rittergutsbesitzers von Bethmann-Hollweg, eines Sohnes des früheren Reichskanzlers, gegen ein Motorrad. Der Fahrer des Motorrades wurde schwer, seine Begleiterin leicht verletzt.

Der Wasserburger Postskandal. Vor der Ferienstrafkammer des oberbayerischen Landgerichts Traunstein begann am Dienstag der mit grossem Interesse erwartete Prozess gegen die Postagentin Anna Steubl aus Wasserburg und ihren Geliebten, den Postmeister Josef Aumüller aus Wegscheid. Beide sind der Verbrechen der erschwerten Amtsunterschlagung und der Urkundenfälschung angeklagt. Sie hatten mit Hilfe eines raffiniert durchdachten Buchungs- und Verschleierungssystems die Postkasse nach und nach um 208 000 Mark erleichtert und flohen, als endlich die Aufdeckung ihrer Verbrechen drohte, in die Tschechoslowakei, wo sie im Mai dieses Jahres verhaftet wurden. Die Hauptschuld fällt der Anna Steubl zur Last, wenn auch feststeht, dass die Unterschlagungen ohne die tätige Mitwirkung des Angeklagten Aumüller nicht möglich gewesen wäre. Trotzdem bleibt bis jetzt schleierhaft, wie die Angeklagten ihr Treiben jahrelang fortsetzen und aus den verhältnismässig kleinen Postanstalten so riesige Beträge herausgaunern konnten.

Die Angeklagte Steubl erklärte dem Gericht, dass sie der Kasse der Wasserburger Postanstalt im Durchschnitt monatlich 2 000 Mark entnommen und dass von Aumüller regelmässig 300 bis 400 Mark, zwischendurch auch grössere Beträge gegeben habe. Die Addition der von der Angeklagten Steubl angegebenen Beträge lassen eine Summe von rund 100 000 Mark offen, über deren Verbleib die Angeklagte hartnäckig schweigt. Auch der Mitangeklagte Aumüller will von dem Verbleib des Geldes nichts wissen. Im übrigen bekannte er nach anfänglichem Leugnen von seiner Komplizin etwa 40 000 Mark erhalten zu haben.

Todesfahrt. In der Nähe von Neu-Ulm überschlug sich, vermutlich infolge Reifenbruchs, ein Reichswehrauto. Ein Oberpionier verunglückte tödlich, zwei seiner Kameraden erlitten schwere Verletzungen.

Maxim Gorki erkrankt. Der russische Dichter Maxim Gorki liegt augenblicklich ziemlich schwer erkrankt in Berlin. Er wird von Geheimrat Professor Dr. Kraus behandelt.

Devisenschieber. Der Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Berlin-Mitte erliess Haftbefehl gegen den Kaufmann Paul Lindner. Der Beschuldigte soll I.G. Farben-Aktien zu Bedingungen verkauft haben, die in Widerspruch zu den geltenden Devisenvorschriften stehen.

Autobuskatastrophe. Bei Ponce (Porto Rico, Grosse Antillen) stürzte ein Autobus in einen Abgrund. 18 Personen wurden getötet, 38 schwer verletzt.

Vom Mord zum Fussball. In Schrablau bei Halle erschlug ein 17 jähriger Bursche seinen Vater. Dann ging der Mörder Fussballspielen... Am Abend erfolgte die Verhaftung.

Tödliche Neugier. In Kapsweyer (Pfalz) erklärte ein Bauer, der offenbar schon ziemlich viel Alkohol zu sich genommen hatte, dass er doch einmal feststellen müsse, wie tief sein Herz sitze. Er stach zu und starb auf der Stelle.

Opfer der Arbeit. Vom Dach eines Hauses in Köln stürzten am Dienstag zwei Dachdecker in die Tiefe. Sie waren sofort tot!

Schmuggel im Panzerauto. Französische Zollbeamte beschlagnahmten an der französisch-belgischen Grenze zwei Panzerautomobile, die 1 200 Kilogramm geschmuggelten Tabak enthielten. Die vier Insassen der Wagen konnten flüchten.



Schlechtes Messgeschäft.

Politische Unsicherheit hält die Käufer zurück. - Lohnabbau gefährdet die Warenqualität.

SPD. Leipzig, 30. August.

Das Geschäft ist auf der Leipziger Messe weiter klein geblieben, Allerdings schien das Ausland am Dienstag mehr auf diese oder jene Anzeichen, die man nach Richtung einer Wirtschaftsbesserung auslegt, zu reagieren. Wenigstens hörte man in einzelnen Messhäusern, dass Einkäufer beispielsweise aus Holland, den skandinavischen Ländern und die Tschechoslowakei stärker ins Geschäft eingegriffen hätten. Es erscheint jedoch ratsam, davon nicht allgemein auf ein besseres Auslandsgeschäft zu schliessen. Wenn aber auch die Orders ausländischer Einkäufer grösseren Umfang angenommen haben sollten, reicht das nicht aus, das schlechte Inlandsgeschäft auszugleichen. Soweit das Inlandsgeschäft in Frage kommt, ist wohl die diesmalige Messe die schlechteste seit Jahren gewesen. Nach besserem Besuch am Sonntag und Montag waren viele Messhäuser am Dienstag geradezu entvölkert. Wo Aufträge hereingenommen werden konnten, sind sie klein, handelt es sich auch um billige Ware. Je grösser das Objekt ist, desto schwerer entschliessen sich die Käufer, sich zu engagieren und festzulegen.

Die politische Unsicherheit ist es, die der diesmaligen Messe ihren Stempel aufdrückt. In der Kaufmannschaft ist schon Bedarf nach Ware vorhanden. Mit Recht verweist man darauf, dass die Läger zusammengeschmolzen sind und dass sich selbst bei grossen Geschäften das ganze Warenlager in der Auslage und im Schaufenster befindet. Auch das ziemlich tiefliegende Preisniveau drängt dazu, die Läger aufzufüllen. Die letzte Entwicklung auf den Rohstoffmärkten wird dahin gedeutet, dass man mit einer dauernden Preiserholung zu rechnen hat. Man ist der Meinung, dass man wohl kaum wieder so billig wie jetzt an die neue Ware kommt, selbst wenn sich Rückschläge auf den Rohstoffmärkten einstellen sollten, von denen man aber, wenn sie kommen sollten, nicht annimmt, dass sie den letzten Tiefstand unterschreiten werden.

Mit den geräumten Lägern und den anziehenden Rohstoffpreisen lagen dieses Mal günstige Voraussetzungen für einen befriedigenden Verlauf der Messe vor. Diese Voraussetzungen haben sich nicht ausgewirkt. Selbst dort, wo es bereits zu einer Preissteigerung für Fertigware gekommen ist, also in der Hauptsache bei Baumwollartikeln, hielt man mit den Aufträgen zurück. Gedeckt wurde nur der dringendste Bedarf. Man gab z.B. Orders für Weihnachtsachen, aber in, gegenüber dem Vorjahr stark eingeschränktem Ausmass. Spielwaren wurden gefordert, soweit sie billig waren. Der teure Artikel geht überhaupt nicht. Luxusporzellane und Luxuslederwaren, sonst gefragte Gegenstände auf der Leipzigermesse, warteten vergeblich auf Käufer. Die Textilaussteller dürften diesesmal besseres Geschäft nach dem Ausland gemacht haben. Aber mit Unterschieden. Das Krawattengeschäft ging z.B. garnicht. Besser war das Geschäft in groben und billigen Wintersachen.

Die Leipziger Messe gibt in normalen Zeiten hunderten von Betrieben für Wochen und Monate Arbeit. Auf diese Auftragsbereicherung muß die deutsche Wirtschaft diesesmal verzichten. Man nimmt sogar an, dass die in Leipzig her-

eingingenommenen Aufträge in den meisten Fällen aus den Fabrikträgern bewältigt werden können. Auf die Kauflust hat die Forderung des Reichskanzlers nach einer neuen Lohnsenkung äusserst ungünstig gewirkt. Die Kaufmannschaft hat endlich begriffen, dass jeder Lohnabbau zugleich ein Konsumentenabbau ist. Der Druck auf die Kaufkraft war aber für den schlechten Verlauf der Messe nicht entscheidend. Ausschlaggebend bleibt die Unsicherheit, die ängstliche Frage, was überhaupt werden soll? Leipzig hat gezeigt, dass die gegenwärtige Regierung der deutschen Wirtschaft nicht das Gefühl der Sicherheit geben kann, das eine Wirtschaft, die eine ungeheure Wirtschaftskrise überwinden soll, unbedingt braucht.

Hinzuweisen wäre noch auf die Verheerungen, die Lohnabbau und Lohndruck in der deutschen Qualitätsarbeit angerichtet haben. Die absinkende Kaufkraft zwingt dazu, möglichst billige Preise zu machen. Das verführt jedoch in den meisten Fällen dazu, Schund zu liefern. Die Qualität der deutschen Waren, das konnte man in Leipzig so ziemlich in jeder Branche feststellen, hat unter der Kaufkraftdrosselung fürchterlich gelitten. Dass wir damit auf dem Exportgebiet eine wichtige Position aufgegeben haben, versteht sich wohl von selbst.

Die Musterung war durchaus eng gehalten. Neuerungen, die wirklich geeignet sind, die Kauflust anzuregen, sah man herzlich wenig. Im Kunstgewerbe hat eine bayerische Firma den Versuch gemacht, mit gegossenen Zinngeräten ins Geschäft zu kommen. Eine württembergische Firma zeigt Bilder auf Holz gemalt in bunter Ausführung, Schattenbilder mit fein abgestimmtem farbigen Hintergrund. Im Bürobedarf wurde ein neues Verfahren für den Mehrfarbendruck in einem Arbeitsgang angeboten. Neu sind Rasierklingen einer Solinger Firma, die derart präpariert sind, dass sie von selbst trocknen, sodass sich das, bei den Hausfrauen mit Recht so unbeliebte Abtrocknen der Klinge am Handtuch, wobei das Handtuch in der Regel eingeschnitten wird, erübrigt. Die Stahlwarenbranche zeigt auch eine Kombination von Rasierklinge und Rasiermesser. Im Autozubehör ist neben praktischen Blendschutzvorrichtungen vor allem splitterfreies Sicherheitsglas herausgebracht. Die chemische Industrie hat sich auf neuen Schutz gegen Sonnenbrand und Mittel gegen Mücken- und Mosketosstiche geworfen. Die verschiedenen Porzellanmanufakturen warten mit neuen Mustern auf; die preussische Manufaktur z.B. mit sogenannten Ueberfangs porzellan in weiss und grün. Wichtig für die Siedlungstätigkeit ist wohl eine zusammenlegbare Universaleinrichtung für Brause-, Fuss-, Sitz-, Spül- und Kinderbad, die in jedem Raume aufgestellt werden kann und von der Wasserleitung unabhängig ist. Für den Wandersport gibt es einen neuartigen Spirituskocher, der explosionsicher sein soll. Der Erleichterung der Arbeit in der Küche sollen die sogenannten Reformtische dienen, die gestatten, die verschiedensten Arbeiten im Sitzen zu verrichten.

SPD. Der Dilettantismus, der sich in jedem Satz des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung verrät, hat im Ausland eine herbe Kritik gefunden. Man kann feststellen, dass die ausländische Kritik vernichtender ist als die Kritik, die in Deutschland an der Erklärung des Reichskanzlers von Papen geübt wurde. Vielleicht haben wir uns in Deutschland schon so sehr an wirtschaftliche Ungeheuerlichkeiten und an masslose Vergewaltigung der Wirtschaft zu sehr gewöhnt, dass das richtige Augenmass für das, was der Reichskanzler dem deutschen Volk zumutet, verloren gegangen ist. Weiten Kreisen des deutschen Volkes kommt der Wirtschaftsdilettantismus des Reichskanzlers von Papen nicht mehr zum Bewusstsein. Umso schärfer sieht das Ausland. Das Echo der Regierungserklärung im Ausland ist wenig geeignet, das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur deutschen Finanzpolitik zu steigern. Die

ausländische Kritik geht sogar soweit, dass sie im Zusammenhang mit dem Regierungsprogramm das Wort Inflation gebraucht. Das ist wohl die vernichtendste Kritik.

Ein ganz verdächtiges Lob erhält der Reichskanzler in der italienischen Presse. "Lavoro Fascista" entdeckt mit der übrigen faschistischen Presse in den Papenschen Finanzplänen Anklänge und Nachahmungen der faschistischen Finanz- und Subventionspraxis. In Italien weiss man selbst am besten, dass die von Mussolini seit Jahren betriebene Finanz- und Subventionspraxis der schwächste Punkt des faschistischen Wirtschaftsaufbaus ist. Die Feststellung, dass nun Deutschland ganz systematisch denselben Weg beschreiten will, muss das Vertrauen zu Deutschland stark erschüttern. Die holländische Presse weist auf den rücksichtslosen Interessentencharakter der Papenschen Vorschläge hin. "Politiken" (Dänemark) bezeichnet die Papensche Rede als die reaktionärste, die ein deutscher Reichskanzler seit der Revolution gehalten hat. "Temps" (Frankreich) tut das Papensche Programm "vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus" als höchst fragwürdig ab. "Petit Journal" bezeichnet das Programm der Regierung Papen als gegen die Demokratie und die Arbeiterklasse gerichtet. "Morning Post" (England) sieht in dem Papenschen Programm eine Fortsetzung der Ueberinvestitionen, auf der die Krise zum guten Teil beruht, und meint, dass die Papenschen Massnahmen durchaus spekulativ seien, sie erinnern an Börsentermingeschäfte, die manchmal Erfolg haben, aber auch fehl gehen können. Rücksichtslos zerpfückt die "Neue Züricher Zeitung" das Papensche Programm, was von doppelter Bedeutung ist, weil dieses Blatt wohl als die massgebende bürgerliche Wirtschaftszeitung der Schweiz angesprochen werden muss. Die von Papen angekündigten Steuerergeschenke werden als gefährliches Finanzexperiment bezeichnet. Das Reich verleihe Steuergeschenke, während der Etat nicht ausgeglichen ist. Es könne heute schon gesagt werden, dass das Programm die Gefahr einer neuen Inflation durch Schaffung zusätzlicher Kaufkraft ohne entsprechenden Gegenwert in sich schliesst. Ähnlich äussert sich "Times" (England). Die Papensche Operation läuft nach der "Times" auf finanziell ungesunde und äusserst problematische Pläne hinaus, die die Nationalsozialisten seit langem propagieren.

Interessant ist auch, zu welchem Ergebnis die ausländische Kritik bei der Untersuchung kommt, inwieweit das Papensche Programm wirklich der Arbeitsbeschaffung dient. "Daily Telegraph" spricht in diesem Zusammenhang von einem "kostspieligen" Programm, "Times" von ungesunden Plänen der Arbeitsbeschaffung. Die "Neue Züricher Zeitung" weist mit Recht darauf hin, dass die angekündigte "massvolle Einschränkung der Einfuhr" viel mehr Menschen die Arbeitsplätze kosten wird, als Menschen durch das Programm Papens in Arbeit gebracht werden können.

SPD. Die Entwicklung in den Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben gestaltet sich von Monat zu Monat besorgniserregender. Für den Juli 1932 gibt das Reichsfinanzministerium die Einnahmen mit 578 Millionen Mark an gegenüber 828 Millionen Mark im Juli 1931. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in der Monat Juli 1932 besondere Steuerzahlungen fielen und dass im Juli 1931 der Eingang von Steuerzahlungen durch die Bankenkrise schwer gehemmt war. Interessant ist auch der Rückgang bei den verschiedenen Steuern. An Besitz- und Verkehrssteuern sind im Juli 1932 nur 288 Millionen Mark eingekommen gegenüber 550 Millionen Mark im Jahre vorher. Ein anderes Bild ergibt sich bei den Zöllen und bei den Verbrauchsabgaben, also bei der Massenbesteuerung. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben werden für Juli 1932 mit 290 Millionen Mark angegeben, während sie im Juli 1931

nur 278 Millionen Mark erbrachten.

Die Einnahmen für das gesamte laufende Steuerjahr, also für die Zeit von Anfang April bis Ende Juli, stellen sich auf 2,26 Milliarden Mark. Nach dem Voranschlag sollen im ganzen Steuerjahr 7,46 Milliarden Mark aufkommen. Rein rechnerisch ergibt sich also für die ersten vier Monate des laufenden Steuerjahres ein Ausfall von rund 220 Millionen Mark.

SPD. Der Börsenhausse, die am Montag im Anschluss an die Ankündigung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung vor allem an der Berliner Börse einsetzte, scheint keine lange Dauer beschieden zu sein. Der Verlauf der Dienstagbörse wird fast allenthalben dahin beurteilt, dass die Hausse bereits zum Stillstand gekommen ist. Die Papiere, deren Kurse sich am Dienstag noch ergolen konnten, sind fast durchweg solche Werte, die nach Ansicht der Börsenspieler in der Notierung hinter dem allgemeinen Stand zurückgeblieben sind.

Auch bei dieser Hausse scheint die Grossbank eine besondere Rolle gespielt zu haben. Der Gedanke liegt ja nahe, dass die Grossbanken auch diesmal versucht haben, eine politische Situation für das sonst totliegende Börsengeschäft auszunutzen. Die Grossbanken sind am Montag in grösserem Umfang ins Geschäft gegangen. Am Dienstag haben sie aber in erheblichem Ausmass verkauft. So lagen auch am Dienstag die variablen Papiere schlechter als die Kassapapiere. Stärker mitgenommen wurden Reichsbank-anteile. Man vermutet, dass die Reichsbank selbst grössere Posten ihrer Papiere auf den Markt geworfen hat. Mit den Grossbanken ging die übrige Spekulation. Auch die Publikumskäufe sollen sich am Dienstag in engen Grenzen gehalten haben. Teilweise wird behauptet, dass am Dienstag bereits stärkere Publikumsverkäufe vorlagen. Immerhin wird die Stimmung an der Berliner Börse als "zuversichtlich, wenn auch zurückhaltend" beurteilt. Was aber mit dem bekannten Körnchen Salz gewertet werden muss. Im grossen und ganzen kann man feststellen, dass das Papensche Programm nicht geeignet war, der Industriefinanzierung nachhaltige Anregung zu geben.

Der Rentenmarkt, der Montag mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, gestaltete sich am Dienstag etwas freundlicher. Angesichts der Zinsexperimente, die man der Regierung Papen zuschreibt, muss natürlich die Neigung im Sparerpublikum wachsen, Rentenwerte gegen Industrieaktien umzutauschen. In der Praxis soll sich aber dieser Austausch in Grenzen gehalten haben. Der Rentenmarkt erhielt am Dienstag Stütze durch Gerüchte, dass die Regierung Papen an einer generellen Zinskonversion nicht mehr festhält.

Berliner Viehmarkt.

(30. August)

SPD. Am Schweinemarkt gab es bei genügendem Auftrieb, etwa 11 000 Tiere, und bei Preisen, die sich gegenüber der scharfen Aufbesserung auf dem letzten Markt nicht wesentlich veränderten, glattes Geschäft. Die Preise für Kälber, die nicht genügend angeboten waren, konnten anziehen. Dagegen gab es auf dem Schafmarkt ganz erhebliche Preiseinbrüche.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund - , b. 240 bis 300 Pfund 46 (46-47), c. 200 bis 240 Pfund 45-46 (45-47), d. 160 bis 200 Pfund 42-44 (42-45), e. 120 bis 160 Pfund 39-41 (40-42), Sauen 40-42 (41-43), Schafe: a. 30-32 (35-37), b. 32-34 (36-38), c. 37-31 (33-35), d. 15-26 (22-30). Kälber: b. 46-53 (44-51), c. 38-48 (35-45), d. 22-35 (20-33). Kühe: a. 25-26 (25-28), b. 20-24 (21-25), c. 18-20 (18-20), d. 11-17 (11-17).

Unsicher.

(Berliner Getreidebörse vom 30. August.)

SPD. Die bevorstehenden innerpolitischen Entscheidungen liessen an der Berliner Produktenbörse am Dienstag keine Belebung aufkommen. Da auch Anregungen vom Mehlmarkt und vom Export aus nicht vorhanden waren, hielt sich das Geschäft in verhältnismässig engen Grenzen. Die Grundstimmung war allgemein stetig. Infolgedessen waren die Weizenpreise am Effektivmarkt unverändert. Für Roggen lagen sie infolge neuer Interventionen etwas höher. Am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte waren infolgedessen die Roggennotierungen ebenfalls bis eine Mark fester, während Weizen nur gering verändert war. Auch Roggen- und Weizenmehl hatte nur kleines Konsumgeschäft aufzuweisen, wobei die Preise keine nennenswerten Veränderungen zeigten. Hafer gefragt, besonders gute Qualitäten; Gerste gut behauptet.

	29.8.	30.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	208 - 210	208 - 210
Roggen	159 - 161	160 - 162
Braugerste	172 - 182	172 - 182
Futter- und Industrieroggen	156 - 163	156 - 163
Hafer	133 - 138	134 - 139
Weizenmehl	25,00-30,25	25,00-30,25
Roggenmehl	21,60-23,85	21,60-23,85
Weizenkleie	9,70-10,20	9,70-10,20
Roggenkleie	8,25- 8,75	8,25- 8,75
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 222-222½ (221½), Oktober 223-223½ (222½), Dezember 224-224½ (223½). Roggen September 172½-173 (171½), Oktober 174-175 (173), Dezember 175-175½ (174½). Hafer September 142-143½ (-), Oktober bis 145, Dezember 145-145½ Geld (-).		

Rauhfuttermarkt.

(30. August)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	-,65 - -,80
" Weizenstroh	"	-,50 - -,60
" Haferstroh	"	-,50 - -,60
" Gerstenstroh	"	-,50 - -,60
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	-,60 - -,80
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	-,45 - -,55
" Weizenstroh	"	-,40 - -,50
Häcksel	"	1,20 - 1,45
Tendenz still		
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	1. Schnitt	1,80 - 2,15
Luzerne, lose	"	2,-- - 2,30
Thymothe, lose	"	2,10 - 2,40
Kleeheu, lose	"	1,90 - 2,20
Drahtgepresstes Heu	Pf. 40 über Notiz.	
Tendenz ruhig.		



Zerstörung des Tarifrechts.

SPD. Lohnabbau - das ist alles, was der Reichskanzler den Arbeitern zu sagen hat. Man sollte es nicht für möglich halten: schon die Regierung Brüning hat doch zur Genüge den Nachweis erbracht, dass mit Lohnabbau die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft werden kann. Selbst wenn da und dort der Lohnabbau den Belegschaftsabbau etwas abgebremst haben sollte, dann war doch der Preis für diese Art von Bekämpfung der Arbeitslosigkeit viel zu hoch. Man hat Arbeitslosigkeit verhindert, aber dadurch grössere Arbeitslosigkeit geschaffen. Und nun soll von neuem dieser Irrweg beschritten werden? Die Regierung der Barone will durch die Beseitigung des Tarifrechts die Möglichkeit dazu schaffen.

Beseitigung des Tarifrechts? In Münster erklärte der Kanzler in seiner Programmrede die Regierung beabsichtige, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in ihrem wesentlichen Inhalt aufrecht zu erhalten. Dieses Beruhigungspulver war völlig überflüssig; denn die Arbeiterschaft ist sich darüber im klaren, dass die vom Kanzler skizzierten Möglichkeiten zur Unterschreitung des Tariflohns praktisch den Sinn des Tarif- und Schlichtungswesens glattweg aufheben. Werden die vom Kanzler versprochenen Durchbrechungen des Tarifvertrags verwirklicht, dann ist dieser nur noch ein ausgeblasenes Ei, und dafür dankt die Arbeiterschaft. An der Erhaltung abstrakter Rechtsgrundsätze liegt den Gewerkschaften sehr wenig, wenn es einen materiellen Inhalt, den diese Rechtsgrundsätze sichern sollen, gar nicht mehr gibt.

Dieser materielle Inhalt des Tarifrechts muss zwangsläufig zerstört werden, wenn die kommende Notverordnung wirklich die vom Kanzler angedeuteten Tarifauflockerungsmöglichkeiten bringt. Noch ist diese Notverordnung nicht erschienen, und schon bemüht sich die Unternehmerpresse aufzuzeigen, wo überall lohnpolitische Erleichterungen zu schaffen wären. So schreibt z.B. die "Kölnische Zeitung" über die neuen Schlichterbefugnisse: "Wenn die Entlohnung der über 30 Wochenstunden hinausgehenden Arbeit unter bestimmten Bedingungen (Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte) unter den Tarifsatz gesenkt werden darf, so ergibt sich daraus, dass auch für wiedereröffnete Betriebe, die aufgrund der vorjährigen Vergleichszahl keine Belegschaftserhöhung aufweisen können, lohnpolitische Erleichterungen geschaffen werden sollten. Dasselbe sollte in denjenigen Fällen eintreten, in denen ein Unternehmen seine Türen schliessen müsste, wenn ihm keine Erleichterungen auf lohnpolitischem Gebiet zugestanden werden."

Mit anderen Worten: auf der ganzen Linie fordern die Unternehmer lohnpolitische Erleichterungen sowohl für die Betriebe, die von der Schliessung bedroht sind, wie für die Betriebe, die wieder eröffnen wollen, und das sind doch eigentlich beinahe alle Betriebe. Die Befürchtung, dass die Tarifauflockerung nun zu einem neuen allgemeinen Absturz des Lohnniveaus führt, kommt auch in einem in wirtschaftlichen Dingen führenden Organ wie der "Frankfurter Zeitung" zum Ausdruck. Sie schreibt, der Eingriff in das Tarifrecht sei entscheidend, obwohl der Tarif- und Schlichtungsgedanke grundsätzlich unangetastet bleiben solle. "Geltende Verträge, die übrigens so weit sie nicht für allgemeinverbindlich erklärt waren, schon jetzt nicht selten

durch Austritt des Arbeitgebers aus der Vereinigung aufgelöst worden sind, können künftig vom Schlichter auf Antrag des Arbeitgebers aufgehoben werden, wenn die Betriebserhaltung dies erfordert. Die Arbeitnehmerseite muss zwar gehört werden, doch ist ihre Zustimmung nicht erforderlich. Das ist eine sehr weitgehende Bestimmung, bei der es ganz auf die Handhabung ankommen wird. Man muss ausserdem eine präzisere Fassung erwarten. Soll jede Entlassung zu Lohnsenkungen berechtigen, so gibt es für das Lohnniveau überhaupt keine Grenze mehr. Ein Existenzminimum festzusetzen, wie dies erwogen wird, würden wir freilich für noch bedenklicher halten, da erfahrungsgemäss dieses Existenzminimum dann zur allgemeinen Grundlage genommen werden würde."

Dem allgemeinen Lohnabbau wird durch die angekündigte Tarifauflockerung Tür und Tor geöffnet, selbst wenn die Schlichter nach sorgfältigster Prüfung des Einzelfalls und nach Anhörung von Vertretern beider Parteien, neue Löhne, die von den geltenden Tariflöhnen abweichen, festsetzen. Die Unternehmer sind sich darüber auch durchaus im klaren; denn sie wissen nur zu gut den Druck der Arbeitslosen gegen die Schutzfront des Tariflohns zu würdigen. Das war ja von jeher die grosse Spekulation der Unternehmer, mit Hilfe der Arbeitslosen das gesamte Lohnniveau auf das Niveau der Arbeitslosenunterstützung herunterzudrücken. Und der Schlichter? Der Schlichter denkt, und der neue Kurs lenkt.

Das Unternehmertum hat restlos seinen Willen erfüllt bekommen. Es soll nicht nur Millionensteuergeschenke erhalten, sondern von neuem die Last der Opfer eines zweifelhaften Versuchs zu einem Durchbruch durch die Krise der Arbeiterschaft aufhalsen dürfen. Seit der Gründung des Deutschen Reiches hat noch keine Regierung so hundertprozentig einseitig alle Vorteile den Unternehmern und alle Nachteile den Arbeitern auferlegt und das alles auch noch ohne Rücksicht auf die Reichsverfassung; denn die Unabdingbarkeit der Tarifverträge ist - nicht nur nach der Meinung der Gewerkschaften, sondern auch nach der Auffassung aller massgebenden wissenschaftlichen Arbeitsrechtler - verfassungsmässig bewährleistet. Oder will die Regierung behaupten, die Vorschläge des Kanzlers zur Differenzierung der Tarife seien tatsächlich keine Durchbrechung des Tarifrechts, seien kein Verstoss gegen die Verfassung? Auf den Beweis dafür sind wir neugierig.

SPD. Die RGO hat es weit gebracht. Sie bettelt bei Unternehmern unter falscher Flagge. Am 19.8.d.J. erhielt die Duisburger Geschäftswelt folgenden Schreiben:

"Werte Firma!

Angesichts der grossen Notlage hat sich der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Aufgabe gestellt, den notleidenden Kindern und Familien zu helfen und sie zu unterstützen. Leider ist es dem Verbands allein nicht mehr möglich, die Not der Aermsten zu heben.

Aus diesem Grunde wenden wir uns an die Geschäftswelt mit der Bitte, uns mitzuhelfen, die Not der Aermsten zu lindern und uns mit einem Betrage oder mit Ware zu unterstützen.

Wir erlauben uns, in den nächsten Tagen unseren Vertreter Schöndorf zu Ihnen zu senden mit der Bitte und in der Hoffnung, denselben nicht abweisen zu wollen. Derselbe ist mit einer Sammeliste und mit einem besonderen Ausweis unserer Organisation versehen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltg. Duisburg.

Einheitsverband der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, Ortsverw. Duisburg
gez. Frey."

Das ist also der Einheitsverband der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, der die Aufgabe hat, den Gesamtverband aus dem Sattel zu heben. Der eigene Name erschien den revolutionären Helden nicht zugkräftig genug. Sie stahlen sich daher den Namen des früheren Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der sich am 1.1.1930 mit dem Deutschen Verkehrsbund und anderen freigewerkschaftlichen Verbänden zum Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs zusammengeschlossen hat. Bezeichnend ist, dass der im Anschreiben bezeichnete (Vertreter) Schöndorf, ein früheres Betriebsratsmitglied der Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, seinerzeit entlassen wurde, nicht wegen seiner revolutionären Gesinnung oder wegen der Interessenvertretung seiner Kollegen, sondern wegen unberechtigter persönlicher Vorteile und Falschmeldungen in seinem Arbeitsverhältnis. Offenbar war aus diesem Grunde Schöndorf der geeignete Mann, um unter falscher Flagge für die Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation beteln zu gehen. Der Unterzeichner des Schreibens, Frey, war einer der Hetzer zum wilden Streik im Stadt-Fuhrpark Duisburg-Hamborn, der als einer der ersten am zweiten Tage im Betriebe zur Arbeitsaufnahme erschien. Noch heute sind eine grössere Anzahl ehemaliger Fuhrparksarbeiter in Duisburg arbeitslos, die durch das unverantwortliche Treiben von Frey und Schöndorf in diesen wilden Streik gehetzt wurden.

Durch das Schreiben demaskiert sich der Einheitsverband als das war er in Wirklichkeit ist, nämlich als ein Unterstützungsvereinchen, das nach Art der bürgerlichen Wohlfahrtsvereine bei der Bürgerschaft und bei den Kapitalisten schnorren geht.

SPD. Die Textilindustrie von Köln und Umgebung hat den Tarif zum 30.9. gekündigt. Auch der Tarif für die Färbereien und chemischen Waschanstalten ist zum 30. September gekündigt worden. Die Unternehmer verlangen einen Lohnabbau von abermals 15%.

SPD. In der holländischen Seeschifffahrt ist ein Streik ausgebrochen. Der bisher in Geltung befindliche Vertrag für das Personal ist abgelaufen. Ein neues Uebereinkommen ist noch nicht zustande gekommen. Das von den Seeleuten den Unternehmern gestellte Ultimatum, keine niederländischen Schiffe mehr unter englischer Flagge ausfahren zu lassen und niederländische Besatzungen nicht mehr durch Asiaten zu ersetzen, wurde von den Unternehmern nicht beantwortet.

SPD. Die Zahl der in Lancashire streikenden Baumwollweber wird von der "Times" auf rund 112 000 geschätzt. Die Verluste infolge der Arbeitseinstellung sind enorm. In einzelnen Fabriken ist am Sonnabend bereits eine Einigung erzielt worden. Die Regierung verhält sich noch immer passiv.

SPD. Die Berliner Herrensneider haben den Schiedsspruch für die Massschneiderei, der für das Berliner Tarifgebiet einen Lohnabbau um 13% vorsieht, abgelehnt. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes hatten sofort nach der Verkündung des Schiedsspruches in Dresden erklärt, dass sie ihn ablehnen.

Deutscher Reichstag

1. Sitzung am 30. August, 3 Uhr nachmittags.

SPD. Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt. Um drei Uhr wird Frau Klara Zetkin, die kommunistische Alterspräsidentin, von zwei weiblichen Fraktionsgenossinnen zum Präsidentensitz geleitet. Die Kommunisten rufen im Sprechchor: "Wir grüssen die antifaschistische rote Einheitsfront und unsere Genossin, Klara Zetkin mit einem dreifachen Rotfront!" Die übrigen Abgeordneten hören diese Kundgebung schweigend an.

Frau Zetkin erklärt mit sichtlicher Anstrengung: Nach der Geschäftsordnung wird die erste Sitzung des Reichstags durch das älteste Mitglied eröffnet und geleitet. Nach den Feststellungen des Reichstagsbüros bin ich das älteste Mitglied. Ich bin am 5. Juli 1857 geboren. Wenn ein Mitglied älter sein sollte, bitte ich es, sich zu melden und meine Stelle einzunehmen. Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Sitzung und berufe zu Schriftführern die Abgg. Frau Lore Agnes (Soz.), Abg. Schwarz-Frankfurt (Ztr.) und Torgler (Komm.) Rauch-München (Bayr. Vp.).

Die Alterspräsidentin Frau Zetkin hält dann eine Ansprache, in der sie sich gegen die Regierung Papen wendet. - Dann folgte der Namen-Aufruf der Abgeordneten. Jetzt erst kamen die Deutschnationalen in den Saal. Der Schriftführer Abg. Torgler (Komm.) verliest dann das Verzeichnis der eingegangenen Vorlagen, in dem auch die letzten Notverordnungen aufgeführt sind. Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses - es sind 578 Abgeordnete anwesend - beantragt Abg. Räder (Komm.) die sofortige Haftentlassung des am Sonnabend in Stuttgart verhafteten kommunistischen Abg. Knatter. Abg. Frick (Nat. Soz.) erklärt, seine Freunde würden diesem Antrag nicht widersprechen. Er beantrage die Haftentlassung des Abg. Moder-Schleswig-Holstein (Nat. Soz.) Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Die Alterspräsidentin Frau Zetkin setzt nunmehr die Wahl des Präsidiums auf die Tagesordnung. Abg. Frick (Nat. Soz.) schlägt zum Reichstagspräsidenten den Abg. Goering (Nat. Soz.) vor.

Abg. Räder (Komm.) schlägt den Abg. Torgler (Komm.) vor. Er verliest dazu eine Erklärung seiner Fraktion, dass sie im Falle einer Nichtwahl Torglers für den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten stimmen werde, ohne damit ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie einstellen zu wollen. Das Zentrum trage die Verantwortung für die Wahl eines nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, dass die Sozialdemokraten für den bisherigen Präsidenten Paul Löbe stimmen würden.

Darauf wird die Wahl des Reichstagspräsidenten durch Abgabe der Stimmkarten vorgenommen.

Die Präsidentenwahl hat das Ergebnis, dass 367 Stimmen für den Abg. Goering (Nat. Soz.), 135 Stimmen für den Abg. Löbe (Soz.), 80 Stimmen für den Abg. Torgler (Komm.) abgegeben worden sind. Eine Stimme fiel auf den Abg. Stöhr (Nat. Soz.) Zum Reichstagspräsidenten ist also der Abg. Goering (Nat. Soz.) mit absoluter Mehrheit gewählt worden. Die Nationalsozialisten begrüßen das Wahlergebnis mit lautem Beifallsklatschen und mit Heil!-Rufen.

Nachdem Abg. Goering sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt hat, erklärt die Alterspräsidentin Frau Zetkin: Damit ist meine Pflicht als Alterspräsidentin erfüllt und der gewählte Präsident muss seines Amtes walten. Ein Nationalsozialist ruft: "Frau Zetkin, das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder!" Unter lauten Heil!-Rufen der Nationalsozialisten nimmt der

neugewählte Reichstagspräsident Goering den Präsidentsitz ein. Er erklärt: "Durch die Mehrheit als Vertreter der stärksten Fraktion zum Reichstagspräsidenten gewählt, danke ich für das Vertrauen und verspreche, mein Amt unparteilich und gerecht und nach der bestehenden Geschäftsordnung auszuüben. (Beifall b.d.Nat.Soz.) Ich werde für die Ordnung und Würde dieses Hauses Sorge tragen, ich lasse aber keinen Zweifel daran, dass ich ebenso wenig die Würde und die Ehre des deutschen Volkes antasten lassen werde. Auch die Ehre der Geschichte des deutschen Volkes wird in mit einen berufenen Hüter finden. (Beifall und Heil!-Rufe b.d.Nat.Soz.)

Der Präsident beruft dann vier weitere Schriftführer zur Unterstützung der weiteren Wahlhandlung. Er bittet um Vorschläge für den ersten Vizepräsidenten.

Abg. Dr. Frick (Nat.Soz.) schlägt den Abg. Esser (Ztr.) vor. Abg. Torgler (Komm.) ruft: "Das sind die ersten Früchte der neuen Koalition!"

Von den Sozialdemokraten wird Abg. Löbe (Soz.), von den Kommunisten Abg. Torgler vorgeschlagen.

Von den abgegebenen 568 Stimmen fallen auf den Abg. Esser (Ztr.) 276, auf den Abg. Löbe (Soz.) 214 und auf den Abg. Torgler (Komm.) 77 Stimmen. Eine Stimme erhält Frau Zetkin. Die absolute Mehrheit ist für den Abg. Esser nicht erreicht. Es findet Stichwahl statt zwischen den Abgg. Esser und Löbe.

Die Stichwahl ergibt die Wahl des Abg. Esser (Ztr.) mit 364 Stimmen gegen 138 Stimmen, die für den Abg. Löbe (Soz.) abgegeben worden sind. Die 78 kommunistischen Stimmen für den Abg. Torgler waren bei der Stichwahl ungültig.

Als zweiter Vizepräsident wird von den Deutschnationalen der Abg. Graef-Thüringen (Dn.) vorgeschlagen. Es erhalten Abg. Graef-Thüringen (Dnat.) 335 Stimmen, Abg. Löbe 139 und Abg. Torgler 78 Stimmen. Abg. Graef ist also mit Mehrheit gewählt; er nimmt die Wahl an.

Für den Posten des dritten Vizepräsidenten werden vorgeschlagen: von der Bayerischen Volkspartei Abg. Rauch-München, von den Sozialdemokraten Abg. Löbe, von den Kommunisten Abg. Torgler. Gewählt wird Abg. Rauch-München (Bayr.Vp.) mit 350 Stimmen, während Abg. Löbe (Soz.) 124 Stimmen, Abg. Torgler (Komm.) 76 Stimmen und Abg. Dr. Dingeldey (D.Vp.) eine Stimme erhalten haben.

Es folgt die Wahl der Schriftführer. Die Auszählung des Wahlergebnisses soll am Mittwoch erfolgen.

Präsident Goering verliest dann die Namen der Vertreter der Fraktionen im Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und im Auswärtigen Ausschuss. Er erklärt weiter, dass sämtliche weiteren Ausschüsse sich schon am Mittwoch konstituieren werden. Er fährt dann fort: Ich bitte um die Ermächtigung, dem Herrn Reichspräsidenten in einem Telegramm die Bitte auszusprechen, das Präsidium des Reichstags nicht, wie es die Form vorschreibt, gelegentlich zu empfangen, sondern unverzüglich zum Vortrag zu empfangen. (Beifall).

In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten über eine beabsichtigte Ausschaltung des Reichstags. Er solle angeblich über keine arbeitsfähige Mehrheit verfügen. Das deutsche Volk und das Ausland wird durch solche Nachrichten mehr und mehr beunruhigt. Als Präsident des Deutschen Reichstags weise ich derartige unverantwortliche Gerüchte zurück. (Beifall). Ich bin fest davon überzeugt, dass der Herr Reichspräsident nur gemäss der von ihm an dieser Stelle beschworenen Verfassung handeln wird. (Lachen links) Ich stelle vor dem ganzen deutschen Volk ausdrücklich fest, dass die heutige Sitzung sowie vor allem die Wahl des Präsidiums eindeutig erwiesen hat, dass der neue Reichstag über eine grosse arbeitsfähige nationale Mehrheit verfügt und somit in keiner Weise der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstandes gegeben ist.

Reichstag, Blatt 3.

(Beifall) Ich bin überzeugt, dass der Reichstag, wenn alle wertvollen Kräfte zusammenwirken, die schweren Aufgaben erfüllen wird, die seiner harren. Zum ersten Mal besitzt der Reichstag wieder eine nationale Mehrheit (Beifall rechts), die gewillt ist, das deutsche Volk aus drückendster materieller Not und dumpfer seelischer Verzweiflung herauszuführen. (Beifall) Diese Tatsache beseelt mich mit der Hoffnung, dass ich mein Amt ausüben kann, bei dem die Ehre des Volkes, die Sicherheit der Nation und die Freiheit des Vaterlandes die obersten Leitsterne meines Handelns sein können. (lebh. Beifall rechts)

Der Präsident bittet um die Ermächtigung, den Termin der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen.

Die Abgg. Torgler (Komm.) und Dittmann (Soz.) beantragen dagegen, am Mittwoch eine Sitzung abzuhalten und über die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett abzustimmen.

Diese Anträge werden abgelehnt, der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.

Präsident Goering gedenkt zum Schluss der Toten der "Niobe". Die Abgeordneten ehren ihr Gedächtnis durch Erheben von den Sitzen.

Nach $\frac{1}{2}$ 9 Uhr schliesst der Präsident die Sitzung. Ein Sozialdemokrat ruft schnarrend: "Weggetreten!" (Heiterkeit!)

Preußischer Landtag

17. Sitzung.

SPD. Berlin, den 30. August 1932

Der Preußische Landtag trat am Dienstag nach etwa siebenwöchiger Pause wieder zusammen. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Die Regierungsbank ist leer.

Um 14 Uhr eröffnet Präsident Kerrl die Sitzung und widmet, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erheben, den "Niobe"-Opfern einen Nachruf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilt er dem Abgeordneten Dr. Hirt-siefer das Wort, der für die preußische Staatsregierung Braun eine Erklärung abgibt. Der Redner betont, die Staatsregierung halte sich für verpflichtet, die preußische Volksvertretung über die Vorgänge des 20. Juli und der folgenden Tage sachlich zu unterrichten und Auskunft über die Haltung der Staatsminister zu geben. Nach einer Schilderung des historischen Verlaufs der Einsetzung des Reichskommissars und der Amtsenthebung der Mitglieder des Kabinetts Braun wird in der Erklärung auf die Verwahrung hingewiesen, die die preußische Staatsregierung beim Reichskanzler gegen dessen Vorgehen und besonders dagegen eingelegt habe, dass der Regierung keine Gelegenheit gegeben worden sei, etwaige Beanstandungen zu beseitigen. Die preußischen Minister sähen mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage des Landes von einer tatsächlichen Ausübung ihrer Befugnisse als Verwaltungschefs im allgemeinen vorläufig ab. Denn diese Ausübung wäre nur in gewaltsamer Auseinandersetzung mit der gewaltsam vorgehenden Reichsregierung möglich gewesen. Sie hätte folgerichtig zu einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und Militär und ebenso zwischen den Partei nehmenden Volkskreisen, also zu furchtbarem Blut vergießen, zu einer völligen Zerrüttung des Landes und wahrscheinlich zum Auseinanderfall des Reiches geführt. Aus dem gleichen Grunde hätten die Staatsminister insbesondere auch davon abgesehen, die Beamten im allgemeinen aufzufordern, den nach ihrer Ansicht unrechtmässig amtierenden Kommissaren den Gehorsam zu verweigern. Sie liessen angesichts der ihnen angedrohten Gewalt den Ausschluss von den laufenden Ressortgeschäften im engeren Sinne unter Rechtsverwahrung vorläufig tatsächlich geschehen, behielten sich dabei aber insbesondere ausdrücklich die Befugnisse vor, die ihnen als Minister gegenüber dem Landtag und Reichsrat zuständen.

Die Erklärung beschäftigt sich dann mit den Gründen, die von der Reichsregierung für ihr Vorgehen gegen die preussische Staatsregierung angegeben worden seien. Vor Erlass der Verordnung vom 20. Juli sei den Staatsministern keinerlei Mitteilung gemacht worden, dass eine dem Land Preussen nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegende Pflicht von ihnen nicht erfüllt worden sei. Die erste Mitteilung hätten die Staatsminister aus der Rundfunkrede des Reichskanzlers entnommen, die sich auf die angebliche Haltung der Preussen-Regierung gegenüber den Kommunisten bezog. Es habe sich dabei lediglich um einen Verdacht gehandelt, der nicht bewiesen worden sei. Auch in der Verhandlung über die einstweilige Verfügung vor dem Staatsgerichtshof habe es der Vertreter der Reichsregierung abgelehnt, näheres Material vorzulegen. Die Vorwürfe, die die Reichsregierung erhebe, seien in tatsächlicher Hinsicht vollständig unrichtig. Dies hätten die Staatsminister in ihren Schriftsätzen vor dem Staatsgerichtshof mit erdrückendem Material dargelegt. Es habe sich insbesondere als vollständig unwahr herausgestellt, dass hohe Funktionäre Führern der Kommunisten die Verschleierung von Terrorabsichten angeraten hätten. Das Gegenteil sei richtig. Sie hätten dringend darauf hingewirkt, dass keine Terrorakte stattfänden.

Selbst beim Vorliegen berechtigter Vorwürfe wäre die Reichsregierung nicht befugt gewesen, so gegen Preussen vorzugehen, und noch dazu ohne daß vorher eine Stellungnahme und Auseinandersetzung über die angeblichen Mängel und ihre Beseitigung stattgefunden hatte. Die Absetzung der Minister, und gar solcher Minister, die mit den betreffenden Fragen ressortsmässig gar nichts zu tun gehabt hätten, stehe unter diesen Umständen mit der Reichsverfassung nicht im Einklang. Er verzichte aber darauf, in diesem Augenblick weitere Ausführungen zu machen, um dem Urteil des Staatsgerichtshofes nicht vorzugreifen.

Bevor das Haus in die Aussprache über die Einsetzung des Reichskommissars eintritt, gibt Präsident Kerrl eine Erklärung ab, in der er Verwahrung einlegt gegen die ihm vom Reichskommissar bekanntgegebene Auffassung, daß die kommissarische preussische Regierung dem Landtag nicht verantwortlich sei und vor ihm nicht zu erscheinen habe. Er verweist auf sein Schreiben an den Reichskanzler und betont, die Antwort des Reichskanzlers könne umso weniger staatsrechtliche Bedenken beseitigen, als Herr von Papen am letzten Sonntag in Münster noch einmal betont haben soll, daß er die Absicht habe, in Preussen eine Verwaltungsreform durchzuführen, ohne den Landtag zuzuziehen. Die preussische kommissarische Regierung müsse sich auf die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung beschränken und dürfe den Landtag nicht in Fragen ausschalten, in denen die Interessen des preussischen Volkes berührt werden. Er läge schärfsten Protest dagegen ein und warne die Regierung, ihr Vorhaben durchzuführen.

Hierauf beginnt die Aussprache über die Mitteilung des Reichskanzlers zu seiner Ernennung zum Reichskommissar, über die Absetzung der preussischen Staatsminister und die damit verbundenen Anträge der Fraktionen.

Abg. Jürgensen (Soz.)

begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten, wonach die geschäftsführende Regierung in Preußen ihres Amtes entsetzt wurde. Der Redner verweist auf die ausführlichen Darlegungen des Ministers Hirtsiefer und betont, der Gewaltstreik des Reiches gegen Preussen vom 20. Juli dieses Jahres gehe zurück auf einen Brief, den zwei Tage vorher, am 18. Juli, der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl an den Reichskanzler von Papen richtete. In jenem Brief habe Kerrl der Reichsregierung die Erwägung anheim gestellt, ob man nicht durch Verordnung des Reichspräsidenten die provisorische Regierung in Preussen beseitigen könne und ob man nicht die preussische Polizei dem Reich unterordnen wolle. Herr Kerrl, so sagt der Redner, hat den Staatsstreik angeraten, Herr von Papen hat den Staatsstreik durchgeführt. Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten tragen gleichmässig die Verantwortung für die Folgen dieses Staatsstreiks. Der Redner zitiert dann nationalsozialistische Pressestimmen, in denen die Einsetzung des Reichskommissars in Preussen begrüsst worden sei. Kein noch so scharfes Wort, das jetzt von den Nationalsozialisten gegen Papen und Bracht gesprochen werde, könne die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Nationalsozialisten durch ihre ursprüngliche Tolerierung die Wirksamkeit des Kabinetts von Papen überhaupt erst ermöglicht haben. Herr Kerrl, der am 18. August der Reichsregierung vorgeschlagen hätte, Massnahmen zu treffen, die gegen die geltende Verfassung sind, hat in der vergangenen Woche sich bei derselben Reichsregierung darüber beschwert, daß die kommissarische Staatsregierung die geltende Verfassung nicht achten wolle. Die Rolle, die Herr Kerrl bei diesem Staatsstreik gespielt habe, rechtfertige, daß alle, die diesen Gewaltakt missbilligten, Herrn Kerrl ihr schärfstes Mißtrauen aussprechen. Das Verlangen des Landtagspräsidenten, daß Reichspräsident von Hindenburg durch Notverordnung die Geschäftsordnungsänderung wieder beseitige, ist umso mehr zurückzuweisen, als der Landtag ausdrücklich die Rückwärtsrevidierung der Geschäftsordnung ablehnte, die die Deutschnationalen beantragt.

hätten. Selbst aber wenn die Geschäftsordnungsänderung beseitigt würde, dann könnte ohne die bisher nicht erfolgte Verständigung zwischen Nationalsozialisten und einer anderen Partei ein neuer preußischer Ministerpräsident nicht gewählt werden, sobald Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrum das Haus beschlußunfähig machten. Dumm und lächerlich müsse man es nennen, wenn Herr von Papen es wagt, Männern wie Otto Braun, Karl Severing und Heinrich Hirtsiefer Verstoß gegen das Reichsinteresse vorzuwerfen, nachdem diese Männer über zehn Jahre an der Spitze des preussischen Staates gestanden hätten und nachdem im Vorzimmer dieser Männer auch Herr von Papen gesessen habe, um aus ihren Händen ein wichtiges preussisches Verwaltungsamt entgegenzunehmen (Sehr wahr! b.d. Soz.). Herr von Papen, der der Regierung Braun Abhängigkeit von den Kommunisten vorgeworfen habe, habe sich selbst als bester Propagator des Kommunismus bewährt durch seine Maßnahmen.

Abg. Koenen (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag gegen die Einsetzung des Reichskommissars. Er spricht von einem faschistischen Staatsstreich, dem sich Severing und Hirtsiefer gebeugt hätten.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) erklärt, das Zentrum habe sich der Klage der früheren Staatsregierung gegen die Einsetzung des Reichskommissars angeschlossen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß es das Vorgehen des Reiches vom 20. Juli als Verfassungsverletzung empfinde. Wenn diese Auffassung noch einer Bestätigung bedurft hätte, dann wäre sie darin gegeben, daß der stellvertretende Reichskommissar behaupte, dem Landtag nicht verantwortlich zu sein und seine Beschlüsse nicht ausführen zu müssen. Die Erklärung, die die Reichsregierung für ihr Vorgehen gegen Preussen anführe, sei in keinem Punkte stichhaltig. Gerade Preussen sei in den letzten zehn Jahren stets die stärkste Stütze der Reichspolitik gewesen. Im übrigen sei es auch dem Reichskommissar nicht gelungen, den Bluttaten und Gewaltakten ein Ziel zu setzen; sie hätten vielmehr zugenommen. Die angeblichen Gründe für das menströse Vorgehen gegen das grösste deutsche Land seien nicht Gründe, sondern Vorwände. Die Verwaltungsreformmassnahmen des Ersatzkabinetts riefen beim Zentrum die allerschwersten Bedenken hervor. Bei einer Verwaltungsreform dürfe man nicht in übergrosser Hast vorgehen, man müsse auch die historischen Zusammenhänge beachten. Der negative Respekt, den das Ersatzkabinet dem Landtag bekundet habe, werde vom Landtag in gleicher Weise erwidert (allgemeine Zustimmung). Es müsse so schnell wie möglich dafür gesorgt werden, daß wieder verfassungsmässige Zustände in Preussen hergestellt werden.

Abg. Kube (Nat. Soz.) betont, dass seine Partei den Kampf um die politische Willensbildung der Nation nicht darum geführt habe, um einer anonymen Clique politischer Hasardeure zur Verfügung zu stehen. Die Nationalsozialisten lehnten es ab, dass irgend eine Reaktion Experimente mache, die eine Verschleierung des Volkswillens bedeuteten. Der Redner kritisierte den Staatsministerialbeschluss, wonach es den Beamten untersagt ist, den Plenarsitzungssaal, die Wandelgänge und das Restaurant des Landtags zu betreten. Es sei unerhört, dass in der Mitteilung dieses Beschlusses von einem "Entgegenkommen" der kommissarischen Regierung gesprochen werde, wenn Ausnahmen von dem grundsätzlichen Standpunkt gemacht würden. Unrichtig sei auch die Darstellung, dass frühere Regierungen sich herausgenommen hätten, sich dem Landtag als solchen zu entziehen. Wenn die "Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibe, man würde sich nicht scheuen, auch eine vom Landtag gewählte Regierung genau so zu behandeln, wie das Kabinet Braun, so frage er, welche Gründe und welche Bestimmungen der Verfassung Herrn Dr. Bracht und Herrn von Papen zur Verfügung ständen, eine vom Landtag ordnungsgemäss gewählte Regierung einfach zu beseitigen. (Zuruf: Reichswehr!) Reichswehr! Das ist kein Grund, sondern ein Mittel. (Heiterkeit) Man müsse doch fragen, wie es der sonst so

verfassungstreue Dr.Bracht zulassen könne, dass unter den Augen der Regierung und unter Bezugnahme auf eine hohe Stelle in Neudeck mit dem Staatsstreich gedreht werden könne. Das zeige, wessen Herr Dr.Bracht und die hinter ihm stehenden Kreise fähig seien. Wir Nationalsozialisten lehnen die Fortführung der politischen Geschäfte durch Herrn Dr.Bracht ab.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Die Ausführungen des Abg.Kube legen vor allem die Frage nahe, ob die Darlegungen, die Kube heute gegen die Hitler-Barone machte, auch die Tendenz jener Unterhaltung darstellen, die Hitler gestern mit Herrn von Papen hatte. Dann würde allerdings wohl diese Unterhaltung nicht ersprießlich ausgegangen sein. (Sehr wahr! b.d.Soz.) Heute nennt Herr Kube den Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und die übrigen Mitglieder der Reichsregierung eine Clique politischer Hasardeure. Diese wahre Erkenntnis ist uns schon vor drei Monaten gekommen. Ein wahres Wort der Nationalsozialisten ist die Feststellung, dass Papen heute nicht an der Macht wäre, wenn Adolf Hitler nicht seine Vorarbeit geleistet hätte. Es sei eine einwandfreie Tatsache, dass der Landtagspräsident Kerrl durch seinen Brief vom 19.Juli an den Reichskanzler von Papen die Einsetzung eines Reichskommissars für Preussen befürwortet hat. In einem späteren Schreiben habe Herr Kerrl dem Reichskanzler selbst unter Hinweis auf sein Schreiben vom 19.Juli bestätigt, dass die Massnahmen gegen Preussen nicht nur verfassungsrechtlich zulässig, sondern auch notwendig gewesen seien. Der Redner verliest unter lebhaftem Hört Hört der Sozialdemokraten dieses spätere Schreiben des Landtagspräsidenten Kerrl und fügt hinzu, heute wage es Herr Kerrl zu bestreiten, dass er die Initiative zur Einsetzung des Reichskommissars in Preussen gegeben habe.

Die Neubildung der preussischen Regierung habe nichts mit der Änderung der Geschäftsordnung zu tun, um deren Rückgängigmachung Landtagspräsident Kerrl den Reichskanzler vergeblich gebeten habe. Denn eine Minderheit wie die nationalsozialistische im Landtag könnte niemals eine Regierung bilden, wenn sie nicht mit anderen Parteien verhandelt. Der nationalsozialistische Redner habe heute ein besonderes Treuebekenntnis zur Verfassung abgelegt und die Legalität seiner Bewegung betont. Damit sei der Abg.Kube nun auch System-Politiker geworden und habe dem System, das er seit Jahren bekämpft, die Reverenz erwiesen (Heiterkeit und Zustimmung b.d.Soz.). Dann könne man allerdings auch erwarten, dass die Verfassung für das politische Verhalten der Nationalsozialisten bei der Regierungsbildung Richtschnur ist. Nicht der handle legal, der für eine Minderheit des Deutschen Volkes die volle Macht verlange (Sehr richtig! links). Deshalb werde das Verhalten der Nationalsozialisten ausschlaggebend sein und nicht das Wort des Vertreters einer Partei, von der ein führendes Mitglied sagte, es sei täglich bereit, diesem System gegenüber sein Wort zu brechen. Als besonders widerliches Symptom der Regierungszeit der Kommissare sei das Spitzel- und Denunziantentum zu bezeichnen, das zur Beseitigung missliebiger "marxistischer Beamter" ausgenutzt werde. Die Art, wie der Reichskommissar jetzt Beamte verleiten wolle, Aussagen gegen ihre früheren Chefs zu machen, sei weit entfernt von der Vornehmheit, die man vom Herrenklub erwarten sollte (Sehr wahr! b.d.Soz.). Die Sozialdemokraten legten schärfsten Protest ein gegen dieses Spitzel- und Denunziantentum.

Ausführlich polemisiert der Redner dann gegen die Nationalsozialisten, die auch in der Frage des Reichskommissars sehr rasch alle Stadien von begeisterter Zustimmung bis zur schärfsten Ablehnung durchgemacht hätten. Das gleiche gegensätzliche Verhalten der Nationalsozialisten zeige sich auch auf anderen Gebieten. So hätten die Nationalsozialisten innerhalb acht Tagen zwei Anträge zur Verwaltungsreform eingebracht, von denen der eine für

den Zentralismus, der andere für die Dezentralisation einträten (Heiterkeit). Es zeige sich, dass es den Nationalsozialisten nicht auf sachliche Auseinandersetzungen mit den Problemen des Tages ankomme, sondern lediglich auf die Fortführung der demagogischen Politik, mit der sie im Volke Eindruck zu machen versuchen. Auch den liberalistischen Kapitalismus bekämpfe der Nationalsozialismus nur auf dem Papier. Beweis dafür sei u.a., dass es der Nationalsozialismus war, der einer Regierung der Reaktion und der schwerindustriell-kapitalistischen Interessen im Reiche ans Ruder geholfen habe (Sehr wahr! b.d.Soz.). Der deutsche "ationalsozialismus, der heute glaube, sich um die Früchte seiner Demagogie betrogen zu sehen, sei selbst nur ein betrogener Betrüger (Sehr wahr! links) Aber zu den Betrogenen rechnen sich auch die heutige Reichsregierung und der Reichskommissar. Diese beiden Cliquen, die nur zwei Pole der Reaktion seien, hätten sich gegenseitig einen Moment lang geglaubt und fühlten sich beide betrogen. Wir, so schliesst der Redner, wissen aus langer parlamentarischer Erfahrung, dass man nur mit ehrlichen Kräften eine klare Aufbaupolitik treiben kann. Niemals aber kann man heute die "aufbauwilligen Kräfte" scharf angreifen und morgen mit ihnen frühstücken. So mögen Dilettanten Politik treiben, so kann man aber nicht ein 60-Millionen-Volk regieren (Sehr wahr! b.d.Soz.) In dieser Zeit, in der die Demokratie gefährdet ist und in der mancher den Wert der Demokratie schätzen lernt, der nicht an sie glaubte, wird die sozialdemokratische Partei ihren Kampf für Demokratie und Sozialismus gegen alle Demagogie weiterführen in der sicheren Erwartung und Überzeugung auf den vollen Erfolg ihrer Ideen. (Beifall b.d.Soz.)

In einer Geschäftsordnungs-Bemerkung teilt Abg. Lehnert (Soz.) mit, dass der mit der Führung der Geschäfte des Berliner Polizeipräsidenten betraute Dr. Melcher den "Vorwärts" auf drei Tage verboten habe wegen einer berechtigten Kritik, die das Blatt an dem Programm des Reichskanzlers von Papen übte (Pfui-Rufe links). Der Redner bringt einen Antrag ein, worin die Aufhebung des Verbots des "Vorwärts" verlangt wird. Auf Wunsch des Redners wird dieser Antrag sofort auf die Tagesordnung gesetzt, mit dem Beratungsgegenstand verbunden und soll am Schluss der Aussprache mit zur Entscheidung kommen.

Es folgen Redner der kleinen Parteien. Bei den Abstimmungen wird mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung des Christlich-Sozialen Volksdienstes ein nationalistischer Antrag angenommen, wonach der Landtag dem Reichskommissar von Papen seine Mißbilligung ausspricht. Die Nationalsozialisten rufen den auf ihren Plätzen sitzengebliebenen deutschnationalen Abgeordneten zu: Nieder mit der Reaktion!

Annahme findet weiter mit der gleichen Mehrheit ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung über die Einsetzung des Reichskommissars und auf beschleunigte Herbeiführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Ebenso wird ein kommunistischer Antrag angenommen, der den Reichspräsidenten auffordert, seine Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars aufzuheben und der darüber hinaus verlangt, dass alle auf Grund dieser Verordnung getroffenen Massnahmen sofort rückgängig gemacht werden. Der letzte Teil des kommunistischen Antrages, wonach kein Beamter oder Angestellter verpflichtet sein soll, den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Dienstanweisungen nachzukommen, wird angenommen mit den Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten. Der kommunistische Antrag, der dem Landtagspräsidenten Kerl das allerschärfste Misstrauen ausspricht wegen seines Schreibens an den Reichskanzler von Papen vom 19. Juli, worin die Einsetzung eines Reichskommissars für Preussen und die Übernahme der Polizei-

gewalt auf das Reich gefordert sei, wird abgelehnt gegen Sozialdemokraten und Kommunisten. Dagegen findet gegen Zentrum und Deutschnationale ein kommunistischer Antrag Annahme, der das Staatsministerium ersucht, den Reichspräsidenten aufzufordern, "die von ihm unter der irreführenden Bezeichnung der Sicherung des inneren Friedens erlassene Notverordnung vom 29. Juli d. Js. zum Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen und Demonstrationen bis zum 10. August 1932 sofort aufzuheben". (Der Antrag war am 3. August eingegangen. d. Red.) Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten wird ferner ein kommunistischer Antrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, alle bestehenden Zeitungsverbote sofort aufzuheben. Durch die Annahme dieses Antrags gilt der sozialdemokratische Antrag mit als erledigt, der im Laufe der Sitzung eingebracht war und die Aufhebung des heute ausgesprochenen Verbots des "Vorwärts" verlangte.

Die von den Kommunisten beantragte Aufhebung der Strafvollstreckung gegen den kürzlich vom Berliner Sondergericht verurteilten Jungarbeiter Paul Schmidtke wird gegen die Antragsteller abgelehnt, während Anträge des Geschäftsordnungsausschusses Annahme finden, die die Aussetzung von Strafverfahren gegen kommunistische und nationalsozialistische Abgeordnete fordern.

Ein kommunistischer Antrag gegen die Stilllegung zweier Werke in Hildesheim geht ohne Aussprache in den Ausschuß.

Als Vizepräsident Dr. von Kries dem Hause hierauf vorschlägt, sich zu vertagen und die nächste Sitzung am Mittwoch, den 21. September stattfinden zu lassen, wobei der Präsident ermächtigt werden soll, die Tagesordnung festzusetzen, kommen von den Kommunisten Oho-Rufe. - Abg. Koenen (Komm.) erklärt, Zentrum und Nationalsozialisten wollten sich auf diese Weise noch Zeit zum weiteren Aushandeln der Ministersitze sichern (Zuruf aus der Mitte: Darüber sind wir uns ja schon einig!). Das Verlangen des Redners, die nächste Sitzung bereits am Dienstag, den 6. September abzuhalten und darin vor allem die Bergarbeiteranträge zu erledigen sowie Anträge über Erntefinanzierung und Arbeitsbeschaffung, wird gegen Antragsteller und Sozialdemokraten abgelehnt. Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidiums.

Schluß der Sitzung gegen 21 Uhr.
